

## Betreuungsgeld belastet die Stadt



Sieht das neue Betreuungsgeld für Dortmund kritisch: SPD-Ratsfrau Renate Weyer.

**STADTMITTE.** „Wir können das neue Betreuungsgeld, das die Bundesregierung zum 1. August einführt, nur ablehnen“, rügt die sozialpolitische Sprecherin, Renate Weyer, die neue Aufgabe, die den Versorgungsämtern aufgeladen werde, ohne dass der Bund hierfür Personal- oder Verwaltungskosten bereitstelle. „Diese neue Leistung verfehlt ihr Ziel. Die immensen Finanzmittel wären im Bildungssystem für die Schulsozialarbeit viel besser investiert.“

„Wir rechnen mit erheblichen Kosten für die Umsetzung, ohne dass es dafür einen Euro vom Bund gibt. Wir wollen zeitnah einen Bericht über die Auswirkungen haben und rechnen nicht mit guten Ergebnissen“, befürchtet Renate Weyer. Zudem hat die SPD-Fraktion eine Bitte um Stellungnahme zum überfälligen Bundesteilhabengesetz gestellt. Bislang entlastet der Bund die Städte nur bei den Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Der Bundesrat fordert zusätzlich ein Bundesleistungsgesetz, damit der Bund die Kosten der Hilfen für Menschen mit Behinderungen übernimmt.

## Arbeitsmarkt-Projekte kommen



Bewertet haben die Probleme: (v.l.) MdB Marco Bülow, Renate Weyer, sozialpolitische Sprecherin, Gunter Niermann, Paritätischer Dortmund, Sozialdezernentin Birgit Zoerner und Ausschuss-Vorsitzender Michael Taranczewski.

**DORTMUND.** Die Langzeitarbeitslosigkeit hat die SPD-Ratsfraktion auf einer Podiumsdiskussion in den Fokus gerückt. Es folgte eine intensive Diskussion mit Betroffenen, Vertretern von Sozial- und Wohlfahrtsverbänden und der freien Wirtschaft. Nach der dramatischen Kürzung von Eingliederungsmitteln und einer Arbeitsmarktreform des Bundes hatte der Rat der Stadt auf Antrag der SPD-Fraktion beschlossen, 1,5 Mio. Euro jährlich zur Verfügung zu stellen, um von der Streichung betroffene Projekte, wie die Stadtteilmütter, erhalten zu können. Dieser „Dortmunder Weg“ zur Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit sei landesweit beispielhaft, war sich die Runde einig.



Investiert wird in die Arbeit der Retter: Die SPD-Fraktion machte auf ihrer Info-Tour zur Feuerwehr vor Ort auch Station bei der Feuerwache 4 in Hörde und informierte sich über den Rettungsdienstbedarfsplan.

# Neues für die Feuerwehr in Asseln und Berghofen

Schnelle Rettung im Fokus: Stadt investiert in Neubauten für beide Wachen

Für die lebensrettende Hilfe im Notfall war die SPD-Fraktion einen ganzen Samstag unterwegs: Die Politiker informierten sich vor Ort bei der Feuerwehr und machte sich in den Wachen ein Bild, was die geplanten Neubauten leisten müssen. Denn was hier investiert wird, kann beim Brand Leben schützen.

**DORTMUND.** Mit der Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes bis 2019 wurde das Geld für die Neubauten bei der Feuerwehr auf den Weg gebracht.

„Die Investitionsmittel sind ganz wichtig und werden in die Sicherheit der Dortmunder Bevölkerung investiert“, weiß der brandschutzpolitische Sprecher, Ratsmitglied Dirk Goosmann. „Zugleich stärken wir so gerade bei der Freiwilligen Feuerwehr mit angemessenen und funktionsfähigen Bauten das Ehrenamt“, fügt er hinzu. Denn die Gebäude der Feuerwehr in Asseln und Berghofen sind rund 100 Jahre alt und entsprechen nicht mehr den heutigen Anforderungen. Erhebliche bauliche Mängel, mangelnde Flächen und Platzprobleme



Besichtigung der maroden Gerätehäuser der Löschzüge der freiwilligen Feuerwehr in Asseln und Berghofen. Fotos: SPD

für die Unterstellung von Spezialfahrzeugen erfordern in beiden Ortsteilen Neubauten. So werden ab Mai 2014 in Asseln und Berghofen an neuen Standorten für jeweils

rund zwei Mio. Euro neue Gerätehäuser gebaut. Die Ratsmitglieder haben sich bei dem Besuch gemeinsam vor Ort mit den Löschzügen der Freiwilligen Feuerwehr über die geplanten Bauabläufe informiert. Bei einem Halt an der Rettungswache in Hörde wurden die Besucher zudem über die Weiterentwicklung des Rettungsdienstbedarfsplanes informiert.

In Marten steht die wichtige Sanierung des Technikzentrums der Feuerwehr an. Im Brandschutzbedarfsplan stehen hierfür Mittel zur Verfügung. Hier lud die SPD-Fraktion abschließend alle 19 Löschzüge der Freiwilligen Feuerwehr in Dortmund zu einer Bürgersprechstunde ein. Dabei konnten wichtige Informationen und Anregungen ausgetauscht werden.

„Wir werden auch zukünftig mit der Freiwilligen Feuerwehr in Kontakt bleiben und uns für ihre Belange einsetzen. Die Neubauten zeigen die Wertschätzung für die wichtige Arbeit der Feuerwehr für unsere Stadt“, so Dirk Goosmanns Fazit.

## Der Straßenstrich ist verzichtbar

Berufungsantrag gegen Urteil wird begrüßt

**DORTMUND.** „Wir unterstützen die Verwaltung bei dem Antrag auf Zulassung der Berufung gegen das Urteil des Verwaltungsgerichtes zur Sperrbezirksverordnung. So eine grundsätzliche Entscheidung muss von einem übergeordneten Gericht begutachtet werden“, begrüßt der ordnungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Dirk Goosmann, das Vorgehen der Verwaltung. Gleichzeitig prüft eine Arbeitsgruppe unter Leitung des Ordnungsamtes, ob es überhaupt mögliche Standorte im Stadtgebiet für einen Straßenstrich gibt, die den Jugendschutz und die öffent-

liche Ordnung nicht beeinträchtigen. „Wir gehen davon aus, dass es nicht viele Standorte geben wird, die dafür in Frage kommen. Die Stadt ist sehr gut ohne Straßenstrich ausgekommen. Wir lehnen es ab, dass Dortmund in die Situation kommt, selbst einen Straßenstrich zu betreiben oder wieder eine Infrastruktur dafür zu schaffen. Wir sind sehr zufrieden, dass wir mit der Sperrbezirksverordnung für die gesamte Stadt betroffene Frauen aus Rumänien und Bulgarien vor unmenschlichen Arbeitsbedingungen schützen können.“ so Dirk Goosmann.



## Lage am Nordmarkt stabilisiert

Bei einem Besuch auf dem Nordmarkt traf die SPD-Fraktion mit Politikern, Polizei, Ordnungsamt, Stadtplanern, Gesundheitsamt und Diakonie eine sichtbar verbesserte Lage an. Positiv fiel auf, dass Besucher des Nordmarktes heute auch den Platz mit pflegen und

die Spielplätze von Kindern gut angenommen werden. Hier will die Bezirksvertretung weiter investieren. Fraglich ist, wie das Café Berta weiter finanziert werden soll, da die Förderung ausläuft. Hier sieht die SPD-Fraktion längst noch kein grünes Licht für den Fortbestand.

# Wohnen in Dortmund: Wie geht's weiter?

Die SPD-Fraktion fragt nach

**DORTMUND.** Um einer drohenden Wohnungsproblematik entgegenzuwirken, schlägt eine Kommission des NRW-Landtags der Politik zahlreiche Handlungsoptionen vor. „Wir danken der Kommission des Landes für ihre gute Arbeit und haben die Ergebnisse nun aufgegriffen und der Verwaltung zur Prüfung vorgelegt“, so Helmut Harnisch, der planungspolitische Sprecher.

Der SPD-Fraktion sind speziell die geplanten Änderungen im „Gesetz zur Förderung und Nutzung von Wohnraum für das Land Nordrhein-Westfalen“ wichtig. Hier handelt es sich unter anderem um die Schaffung einer verpflichtenden Wohnungsaufsicht oder die Verankerung von Sicherheitshypothesen. Die Verwaltung wird gebeten die möglichen Auswirkungen und Konsequenzen für Dortmund zu prüfen.

Besonders wichtig sind bei dieser Prüfung die sogenannten Problemimmobilien. In Dortmund wurden einige die-



Helmut Harnisch, Planungs-Sprecher.

ser Problemimmobilien bereits aufgekauft und sollen nun saniert und wieder bewohnbar gemacht werden. Die Kommission stellt erste Überlegungen an, wie man einen Ankauf solcher Immobilien unterstützen könnte. Die Verwaltung soll nun realisierbare Möglichkeiten aus Landes-, Bundes- und EU-Mitteln, wie zum Beispiel den „Europäischen Fonds für regionale Entwicklung“ (EFRE), untersuchen.

„Die DOGEWO leistet mit ihrem Aufkauf der Problemimmobilien in Dortmund hervorragende Arbeit“, freut sich Helmut Harnisch, „doch jetzt gilt es diese Arbeit durch Ankaufhilfen und andere Instrumente effektiv zu unterstützen.“

## Zustimmung für Eigenbetrieb

Kleine Lösung für die Stadtentwässerung

**STADTMITTE.** „Wir haben der Einrichtung des Eigenbetriebes Stadtentwässerung zum Januar 2014 zugestimmt und sind sehr zufrieden, dass damit eine lange Diskussion im Rat einen positiven Abschluss gefunden hat. Mit diesem Organisationsmodell werden die Arbeitsabläufe außerhalb des Tiefbauamtes einfacher und die Finanzierung von Investitionsmaßnahmen erleichtert. Die Abwassergebühren sind davon unberührt“, berichtet die finanzpolitische Sprecherin und stellv. Fraktionsvorsitzende Jutta Starke.

„Die Vorschläge der Verwaltung für einen eigenen Betriebsausschuss und für zusätzliche Personalkompetenzen des Eigenbetriebes haben wir allerdings nicht mitgetragen“, so Starke. „Wir können nicht erkennen, warum der Eigenbetrieb Stadtentwässerung selbst Personal einstellen oder entlassen können soll. Der neue Eigen-



Jutta Starke

betrieb ist mit den anderen gleichzustellen. Ein eigener Betriebsausschuss ist auch nicht erforderlich, diese Rolle kann der Ausschuss für Umwelt, Stadtgestaltung und Wohnen übernehmen. Natürlich müssen hier dann auch die Beschäftigtenvertreter des Eigenbetriebes beteiligt werden“, begründet Jutta Starke den Änderungsantrag.

Die SPD-Fraktion möchte zukünftig nach Berichten bewerten, wie sich der Eigenbetrieb etabliert und wie sich seine Arbeit gestaltet. Die Eigenbetriebslösung war nach vielen Diskussionen, insbesondere nach den Haushaltsberatungen, die kleinste gemeinsame Lösung, auf die sich die Ratsmehrheit verständigen konnte.



### Impressum

Verantwortlich für den Inhalt: SPD-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund  
Christian Uhr | Fraktionsgeschäftsführer  
Friedensplatz 1 | 44135 Dortmund  
Tel.: 0231-5024380 | Fax: 0231-579147  
fraktion@spd-fraktion-dortmund.de  
www.spd-fraktion-dortmund.de



Besuchen Sie uns auf unserer Homepage und abonnieren Sie unseren Newsletter!